

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kerschke. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsanstalt, A. G., Rastbach, Erzgebirge. Eingetragen im Handelsregister des Saarbundes. Nr. 10.

Preis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mf. Bei der Postabnahme monatlich 4.40 Mf. Bei der Postabnahme monatlich 4.30 Mf. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mf., monatlich 4.80 Mf. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Keine Zeitungsausschnitte und Ausgabebriefe, sowie alle Postanhalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Zeitschrift oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtsige Anzeigen 80 Pfg., Restamapostzeitung für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. für die Zeit im Ganzen. Sonstige Anzeigen bis 12 Uhr vorm. nicht geachtet werden, wenn die Aufgabe der Anzeiger durch Fernschreiber erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 184

Mittwoch, den 11. August 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Abn. Stg. wird gemeldet, daß die Wiedermachungskonferenz in Genf voraussichtlich am 23. August zusammentreten wird.

Die Reichsfliegerkarte wird mit Wirkung vom 6. d. M. aufgehoben und durch die Kundenbesitzkarte ersetzt.

Die Ratifizierung des bulgarischen Friedensvertrages fand Montag in Paris im Ministrium des Aeußern unter dem Vorsitze von Jules Cambon statt.

Telegraaf meldet aus London: Die polnischen Parlamentäre haben Montag abend die russische Linie passiert.

Der türkische Friedensvertrag ist gestern nachmittag in Sebres unterzeichnet worden.

Das belagerte Saargebiet.

Seit Freitag voriger Woche bräut über dem Saarlande der verheerendste Belagerungszustand. Der freilebende Beamten- und Arbeiterstand, besonders den Eisenbahnern, die sich nicht sehen wollen, ist Abführung in den Keller angedroht. Die Schriftsteller der Zeitung, gleichviel welcher Partei, werden zu Paaren getrieben. Wer Luchthaus oder Todesstrafe zu gewärtigen. Wie konnte es soweit kommen? Frankreich hat sich bekanntlich im Friedensvertrag einen Raub am Saargebiet geteilt. Der Raub ist zwar in Artikel 45 verpackt: nur die Kohlenbergwerke sind an Frankreich abgetreten; die Regierung hat als Vertreter des Völkerbundes ein internationales Ausschuss übernommen. Aber dieser Ausschuss herrscht über eine rechtslose Bevölkerung von 600 000 rein deutschen Einwohnern. Für diese gibt es kein Selbstbestimmungsrecht, jedenfalls 15 Jahre lang nicht. Von den 15 langen Wartejahren ist kaum das erste verfloßen, und schon lobert die Empörung in dem Lande auf.

Der Beamtenstreik ist äußerlich betrachtet, nur wegen Beamtenfragen ausgebrochen. Seit Monaten verhandelt die Saarregierung mit den Organisationswegen eines Statuts. In dem neuesten Entwurf ist die Möglichkeit vorgesehen, daß unbeschränkt viele Ausländer in die Beamtenchaft hineingebracht werden können. Nach im Mai d. J. hatte man den Beamten schriftlich versprochen, daß nur Saarländer und Deutsche, also keine Franzosen eingestellt werden sollen. Das Disziplinarrecht will man jetzt auch verschlechtern. Bisher hatten die Beamten feste Arbeitsstellen und willkürliche Abfertigung. Diese Sicherheit soll aufgehoben werden. Der Dienstchef entscheidet in letzter Instanz über die von ihm selbst bestimmte Entlassung. Es gibt keinen Spruch eines Disziplinargerichts mehr. Die leitenden Posten der Bergwerke sind aber jetzt mit Franzosen besetzt. Man kann sich denken, was bei dem neuen Beamtenrecht herausläme. Aber das Statut ist es nicht allein, das soviel böses Blut macht. Das Verbot der Presse wird durch ein Einfuhrverbot von Zeitungspapier bedroht. Die Bergarbeiter verlieren voraussichtlich die Vorteile der Sozialversicherung. Die deutschen Saarländer sollen künftig französische Straßenschilder zu lesen bekommen.

Im Schulwesen ist es besonders heftig. Frankreich hat das Recht, als Nebenerrichtung zu den Bergwerken Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder des Personals einzurichten und den Unterricht in französischer Sprache durch französische Lehrer erteilen zu lassen. Damit haben sich die Saarländer abgefunden. Aber nun erklärt die Saarregierung plötzlich den Besuch der französischen Schulen als Erfüllung der Schulpflicht auch für die Saarländer, und das lassen sich die Deutschen nicht gefallen. Das sind erst einige Glieder in der Kette, an die das Saarland geschmiebt werden soll. Der bekannte Deutsche Professor Nippold aus der Schweiz soll Präsident des künftigen Obergerichts in Saarbrücken werden. Dieses Obergericht ist noch gar nicht vorhanden, und schon erhebt der französische Präsident der Saarregierung durch Ellbogenkompetenzkonflikte, wenn das Obergericht eine Zivilklage der Stadt Saarbrücken gegen französische Kaufleute verhandeln will; die Sache geht vor das Obergericht. Durch solche rechtswidrigen Eingriffe wird die Justiz auf den Kopf gestellt, und kein Richter wagt sich seines Amtes mehr sicher.

Die allgemeine Unsicherheit wird gesteigert durch den kampfhaften Versuch der Franzosen, die französische Verwaltung einzuführen, die nach dem Ausbruch des Jakob, des stellvertretenden Syndikus der Saarbrücker Handelskammer, nichts anderes wäre als eine Salutaufstellung der französischen Eroberer. Die neuen Herren des Saarreviers verlangen ja auch von den großen Werken, daß sie französisches Kapital, meist mindestens 80 Prozent, in ihre Vertriebe aufnehmen. Sie verlangen, daß sich die Gemeinden in Schulden stürzen, um alte Waren der französischen Zwangswirt-

schaft aufzukaufen. Sie verlangen, daß die Saardeutschen den Franzosen die Kohlen, für die die französische Verwaltung 182 Mark für die Tonne Gestehungskosten zahlt, für 650 Mark (das 40fache des Preisbrotkretes) abkauft. Die Frucht der französischen Herrschaft und Ausbeutung ist der deutsche Generalstreik, dem die Gewalttätigkeit auch mit dem verstärkten Belagerungszustand nicht bekommen werden.

Putzpläne der Kommunisten in Halle.

Der Oberpräsident Hörning in Magdeburg stellt entschieden alle Putzabsichten in seinem Verwaltungsbezirk in Abrede, genau so wie die sächsische Regierung glaubte, in Sachsen würden keine Unruhen stattfinden, bis sie durch den Putzversuch der Kommunisten in Jittau eines anderen belehrt wurde. Daß auch Hörning eines schönen Tages ein ähnliches Erwachen bevorzehen kann, darauf läßt die folgende Meldung schließen: Ueber Putzpläne der hiesigen Kommunisten berichtet die halle'sche Allgemeine Zeitung aus zuverlässiger Quelle folgendes: Am Hause Landwehrstraße 14 hier wohnt ein Kommunist mit Namen Vormann. Dieser hat in den letzten Tagen einen besonderen Voten aus Jittau empfangen und mit ihm und anderen Mitgliedern der kommunistischen Partei ausgedehnte Putzbesprechungen gehalten. Der Mann aus Jittau hatte Putzplan, den ihm willien der Jittauer Anführer gegen die halle'schen Parteiführer zu übermitteln, daß sich in Halle kein Mensch zu einer Tat aufzurufen vermag. Die Dinge lägen doch gerade in Halle höchst günstig. Das halle'sche Militär sei in Jittau und die Handvoll Sicherheitspolizei würde man schon an die Wand drücken. Aus den Kreisen der halle'schen Kommunisten, die der Beförderung beizuhilfen, wurde daraufhin lebhaft einem lokalen Putzunternehmen das Wort geredet. Man müsse die gesamte Umgebung für die Sache interessieren, was gegenwärtig kein Kunststück sei, zumal die gesamte Belegschaft von den Leunawerken herumlage. Vormann selbst sei in seiner Wohnung Karten von Halle, auf denen sich allerhand Einzelnahmen befinden, die auf Vorbereitungen für eine Aktion schließen lassen. Wie weiter mitgeteilt wird, bildet die Frage der Waffenbeschaffung augenblicklich den schwierigsten Punkt. Für den Fall, daß ein Putz nach dem Muster von Jittau und Jankelstein unternommen wird, will man die Waffen der Reichswehrmilitären, die in den französischen Stützungen liegen, und die Waffen aus der Magdeburger Fabrik in Trotha in die Hand zu bekommen suchen. Vormann will wissen, daß man auf gute Art in den Besitz von zwei Geschützen kommen könne. Diese sollen von Schlettau aus die Spoo-Kaserne (Spoo - Abkürzung von Sicherheitspolizei) beschlehen. Am Sonnabend und Sonntag soll endgültig über den Putz beschloffen werden, auch darüber, wie man sich mit der U.S.P. verständigt, die ihrerseits anstehende Schwierigkeiten bereitet. Die Absicht ist, die U.S.P. in Mitteldeutschland auszurufen. Plakate sind bereits vorbereitet. Inzwischen ist der Kurier aus Jittau auf dem Heimwege von Halle verhaftet worden. Die Absichten sind damit bekannt geworden.

Eine Spitzelzentrale in Magdeburg.

In einer Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidenten heißt es: Nach langwierigen Bemühungen ist es gelungen, hier eine der Spitzelzentralen festzustellen, die durch gefälschte Berichte über angebliche linksradikale Kampfpunkte seit langem die Öffentlichkeit beunruhigten. Umfangreiches Material teils halbfertige, teils fertige Putzpläne und Putzabschlüsse sind beschlagnahmt worden. Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation in Jittau in unmittelbarem Zusammenhang, mit der sie auch regelmäßig ihre Vereinskämpfe austauschte. Leiter der Spitzelzentrale in Magdeburg ist ein gewisser Altmann. Auch das Original der Karte von der Magdeburger Zeitung veröffentlichten Meldung über die Sowjetrepublik in Magdeburg stammt aus dem Altmannschen Bureau und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sie frei erfunden ist. Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen worden. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittlungen und nach Stellung des äußerst umfangreichen Materials bekannt gegeben werden.

Wie Deutschland Kiautschou besetzte

In einem in London erschienenen, The Games of Diplomacy betitelten Buch vertritt der frühere Votschaftssekretär der russischen Votschaft in Berlin, G. de Schelling, der nach Ausbruch der Revolution nach Kanada ging und sich der Propaganda gegen den Bolschewismus widmete, Erinnerungen aus seiner diplomatischen Tätigkeit in Europa, hauptsächlich in Berlin. Eines der Beispiele, mit denen Schelling die Impulsivität der kaiserlichen Entschlüsse belegt, ist der Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Jaren über Kiautschou. Nachdem Tirpitz beim Kaiser die Durchführung der bereits von Bismarck im Jahre 1868 erteilten Befehl ng von Kiautschou an-

geregt hatte, wurde der Reichskanzler mit der Ausarbeitung eines Memorandums beauftragt. Hohenlohe erlaubte sich, diesem Memorandum einige persönliche Bemerkungen hinzuzufügen und darauf hinzuweisen, daß aus der Besetzung ernstliche Komplikationen entstehen könnten, da Kiautschou in der russischen Einflußsphäre läge. Diese - notierte der Kaiser mit Roisist am Rande, schickte die Denkschrift dem Reichskanzler zurück und hat noch am selben Tage den Jaren telegraphisch um die Erlaubnis zur Besetzung Kiautschous. Von dem unfähigen Minister des Auswärtigen Murawiew beraten, habe der Jare geantwortet: Leider kann ich dich weder ermächtigen, noch daran verhindern. Kiautschou zu besetzen, da wir, wie ich soeben informiert werde, keine Rechte in jenen Gewässern besitzen.

Sofort nach Eintreffen dieses Telegramms erhielt das deutsche Ostgeschwader Befehl zur Besetzung Kiautschous. Inzwischen hatte sich der russische Marine-Minister Tichoff über die Anfrage des Kaisers unterrichtet, zum Jaren begeben, um ihm auseinanderzusetzen, daß Rußland infolge der Verträge mit China unbestreitbare Rechte in Kiautschou habe. Dort erfuhr er zu seinem Schrecken von dem bereits abgeschickten Antworttelegramm. Der russische Votschafter in Berlin Osten-Saken erhielt Auftrag, auf den Jaren aufmerksam zu machen, aber alle seine Bemühungen blieben vergeblich: der Kaiser bestand auf der Lage des Jaren.

Mit großem Behagen schildert der Verfasser dann, daß König Eduard größeres Glück hatte, als er des Kaisers Tanagerpläne durchkreuzen wollte. Auf die Nachricht von der Abreise des Kaisers nach Tanager fuhr der König sofort nach Paris, wo er auf einem vom französischen Präsidenten ihm zu Ehren gegebenen Galabänder folgende Worte an den deutschen Votschafter richtete: Mein Neffe macht einen Ausflug nach Tanager. Ich hoffe, daß daraus keine europäischen Komplikationen entstehen. Und außerdem seien Sie versichert, wird er mich hinter Frankreich stehend finden. Früh gewahrt, läßt doppelt. - Fürst Radolin verließ sofort das Chisee, um dem Kaiser diese Worte zu telegraphieren.

Russischer Vorstoß auf Thorn.

Absicherung der Entscheidungsschlacht durch die Polen.

Nach Meldungen vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz ist der Nordflügel der polnischen Armee, der die Aufgabe hatte, Warschau im Norden zu decken, unter dem Druck der 4. russischen Armee in Auflösung. Von dem 1. und 2. kassatischen Kavalleriekorps begleitet, haben hier die russischen Divisionen die vordere Linie überschritten. Sie haben hinter sich acht weitere Infanteriedivisionen. Die Hauptrichtung ist gegen Thorn angelegt. Dagegen ist die frühere deutsche Grenze im Südwesten des Soudauer Kreises noch nicht von russischen Patrouillen überschritten. Die Entscheidungsschlacht zwischen Ostrolenka und dem Bug scheint von den Polen nicht angenommen zu sein. Die geringen Kämpfe, die bei Ostrolenka stattgefunden haben, haben auch zu einem polnischen Rückzug bei Woschhow geführt. Die polnischen Truppen werden hier von Osten aus flankiert. Auch über Skolow sind die Russen vordrängend gedrungen und haben den Bug überschritten. Weiter im Süden entwickelt sich der Vormarsch gegen die gleichfalls sehr geschwächten polnischen Truppen günstig. Mit dem Einmarsch der bolschewistischen Kavallerie in den polnischen Korridor ist jede Stunde zu rechnen, da es tattisch unumgänglich ist, die Nordflanke offenzulassen.

Aus Danzig wird gemeldet, daß von polnischer Seite eine vollständige Evakuierung des Korridors mit dem Augenblick des Falles von Warschau eintreten soll. Der Eisenbahnverkehr von und nach Westpreußen über Danzig ist wieder unterbrochen. Personen- und Postverkehr nach Döpreußen wird wieder auf dem Seewege über Swinemünde nach Wilttau geleitet.

Verteidigung Warschaws bis zum Neufertem.

Am Sonntag fanden in Warschau tagsüber 15 Versammlungen verschiedener Parteien statt, in denen einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, die Stadt bis zum Neufertem zu verteidigen. Im Anschluß an die Versammlungen fanden große Umzüge mit patriotischen Kundgebungen statt.

Die Pariser Presse war auch gestern morgen nicht in der Lage, zuverlässige Angaben über die Beschlässe von Ghythe zu machen. Millerand hat, wie er selbst einem Mitarbeiter des Echo de Paris erzählt, Lloyd George versprochen, auf jede Mittelung über die Ergebnisse der Besprechung zu verzichten, bis der englische Premierminister im Parlament darüber Bericht erstattet und die Genehmigung des Parlamentes für die geplanten Maßnahmen erlangt hat. Millerand beschränkt sich darauf, zu versichern, daß die durch den Versailles Vertrag beschlossene Unabhängigkeit Polens sowie die im Versailles Vertrag vorgesehene Westgrenze Polens, die zur Verbürgung der Sicherheit Westeuropas geschaffen worden sei, aufrecht erhalten bleibt. Die meisten Pariser Blätter sa-